



„Die in einem Boot sitzen, sollen sich helfen“

Rede von Bundespräsident Horst Köhler anlässlich der Feiern zum 100. Jahrestag der Gründung der Tongji Universität am 26. Mai 2007 in Shanghai

Es ist schön, hier zu sein und in diesem Hörsaal zu Menschen zu reden, die alle deutsch sprechen. Es ist ein schönes Gefühl, ohne Übersetzung auskommen zu können.

Es ist mir eine Ehre und große Freude, anlässlich der Feiern zum 100. Jahrestag der Gründung der Tongji Universität Ihr Gast zu sein. Diese Hochschule ist eines der schönsten Zeugnisse der Freundschaft zwischen unseren Völkern. Ich gratuliere allen, die hier lehren, lernen und arbeiten, zu diesem schönen, stolzen Jubiläum. Ich freue mich über die Einladung und darüber, bei den Hundertjahrfeiern dabei sein zu können. Auch möchte ich Herrn Professor Wan zur Ernennung zum Minister gratulieren.

Die Tongji-Universität ist von Chinesen und Deutschen gemeinsam gegründet worden; und ihre Gründerväter handelten als echte Partner. Damit waren sie – nur sechs Jahre nach dem Boxer-Aufstand, den auch deutsche Truppen damals mitgeholfen hatten niederzuschlagen – der Haltung weit voraus, die damals in Deutschland und Europa herrschte. Denn dort blickten vor hundert Jahren die meisten noch im überheblichen Geist des Kolonialismus auf China herab.

Dabei hatten die Deutschen es eigentlich schon einmal besser gewusst. Im 18. Jahrhundert waren die Gebildeten beeindruckt, ja begeistert von der chinesischen Kultur. Viele Fürsten ließen damals Gärten, ganze Schlösser im chinesischen Stil bauen. Die jahrhundertelange

wissenschaftliche und technische Überlegenheit Chinas war noch in lebhafter Erinnerung. Und auch in der Zeit, als Ihre Universität gegründet wurde, hätte Europa eigentlich wissen können, dass China politisch und kulturell mitnichten einfach vor sich hindämmerte. Spätestens das Ende des Kaiserreichs 1911 und der erste Versuch landesweiter Wahlen im Jahr darauf zeigten doch, wie viel längst in Bewegung geraten war. Aber das wurde von außen viel zu wenig wahrgenommen.

Auch heute trüben leider mancherlei Klischees den Blick auf China. Der „gelbe Drache“ bedrohe den westlichen Wohlstand, heißt es mitunter; er greife rücksichtslos nach Rohstoffen und im Verein mit korrupten Regimes prelle er andere Völker um ihre Bodenschätze. Aber solche überspitzten Vorwürfe helfen niemandem. Sie schüren Ängste, sie provozieren die Gegenfrage, wie es denn der Westen selber jahrzehntelang gehalten hat, und vor allem: Sie verstellen den Blick dafür, was sich mit China gemeinsam tun lässt, um berechnete Interessen auszugleichen und um der Verantwortung gerecht zu werden, die wir miteinander für diesen Planeten tragen.

Fairer Interessenausgleich und geteilte Verantwortung haben für uns alle längst existentielle Bedeutung, denn die Globalisierung macht die Menschheit nicht nur zur Wirtschaftsgemeinschaft, sondern auch zur Schicksalsgemeinschaft. Darum muss sie endlich auch Lerngemeinschaft werden. Und für diese Situation brauchen wir nüchterne Analysen statt aufgeregter Vorwürfe, dafür brauchen wir statt gegenseitiger Vorhaltungen politische Konzepte. Der Aufstieg Chinas – und natürlich nicht er allein! – verändert die Welt. Wir sollten gemeinsam prüfen, wie wir diese Veränderung gestalten, und wir müssen miteinander erkennen, welche Fehler wir dabei nicht wiederholen oder fortsetzen dürfen. Denn nur dann bleibt die Erde ein wohnlicher Stern.

Diese Lerngemeinschaft wird spannend, zumal es doch zutiefst befriedigend ist – zumindest empfinde ich das so –, sich damit zu beschäftigen, wie Lösungen gefunden werden können, die für möglichst alle auf der Welt eine gute Chance für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen bieten. Dabei werden diejenigen am kreativsten und am erfolgreichsten sein, die freien Zugang zu Informationen und Argumenten haben und die sich weltweit austauschen können. Das Beispiel der neueren europäischen Geschichte zeigt, welche Kräfte zum Guten freigesetzt werden, wenn die Wissbegierde, die Meinungsvielfalt und der Tatendrang der Menschen sich frei entfalten können.

Die europäische Geschichte belegt aber leider auch, welche zerstörerischen Kräfte entstehen können, wenn die Vielfalt der Argumente, Weltanschauungen und Lebensweisen nicht ausgehalten wird. Die Völker Europas haben sich in ungezählten Bürgerkriegen und Staatenkämpfen zerfleischt, ehe sie endlich gelernt hatten, die Menschenrechte zu achten und Verschiedenheit friedlich zu akzeptieren, ja zu

schätzen. Der deutsche Philosoph Jürgen Habermas hält viele Lehren aus diesem Prozess für übertragbar auf die Lage der Weltgesellschaft heute. Die Weltgemeinschaft müsse sich, so Habermas, „ungeachtet ihrer verschiedenen kulturellen Traditionen wohl oder übel auf Normen des Zusammenlebens einigen“.

Ein Blick in die Geschichte der Völker lehrt, dass es in unserem gemeinsamen Menschheitserbe genug Übereinstimmungen gibt, um allgemein akzeptierte Normen zu finden. So sagt der Konfuzius-Schüler Zigong: „Was ich nicht mag, das die Leute mir zufügen, das mag ich auch ihnen nicht zufügen.“ Derselbe Gedanke liegt auch 2000 Jahre später dem „Kategorischen Imperativ“ des deutschen Philosophen der Aufklärung, Immanuel Kant, zugrunde. Und wenn der bedeutende chinesische Philosoph Menzius meint, dass selbst ein vom Hungertod bedrohter Bettler eine Mahlzeit zurückweisen werde, wenn sie mit einem Fußtritt begleitet werde, dann klingt hier die Idee einer Menschenwürde an, die weit über die Befriedigung materieller Grundbedürfnisse hinausgeht.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ So lautet der erste Satz unseres Grundgesetzes, der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland. In diesem Satz verdichten sich die Lehren, die wir Deutsche aus der Zeit des Nationalsozialismus gezogen haben. Unsere Verfassung hat viel dazu beigetragen, dass wir nach 1949 eine so gute Zukunft erleben konnten. Es gibt in Deutschland das Vertrauen der Bürger darauf, dass ihre Grundrechte geschützt sind.

Ich glaube, jede Staatsmacht ist auf das Vertrauen ihrer Bürger angewiesen, um das Wohl des Volkes zu mehren. Ein Rechtsstaat, der das Vertrauen seiner Bürger genießt, kann dauerhaft alle Kräfte seines Volkes wecken und wachhalten, um auch die größten Aufgaben zu bewältigen. Aber das Vertrauen ist dafür erforderlich.

Jedes Land hat ein Recht darauf, seinen eigenen Weg zu gehen. Wir müssen lernen, Achtung und Respekt vor unserer Verschiedenartigkeit zu haben. Denn erst, wenn wir den anderen in seiner Unterschiedlichkeit anerkennen, können wir gemeinsam vorankommen. Ich finde es wichtig, dass unsere beiden Länder den Rechtsstaatsdialog in diesem Geist fortsetzen. Das haben Präsident Hu und ich in Peking besprochen.

Uns allen ist bewusst: Leider ist es ein weiter Weg von der Idee der Menschenrechte bis zu ihrem effektiven Schutz. Nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1948 verging mehr als eine Generation, bis 1987 die Antifolterkonvention der Vereinten Nationen in Kraft trat. Inzwischen hat die Konvention 144 Vertragsstaaten, die sich zu diesen Werten der Weltgesellschaft verpflichten, darunter auch China und Deutschland. Diese Verpflichtungen in allen ihren Konsequenzen einzuhalten, dazu sind alle Länder aufgefordert. Nichts kann Folter rechtfertigen.

Das Folterverbot ist eine der unabdingbaren Normen unseres Zusammenlebens im 21. Jahrhundert. Die Zahl dieser Normen wächst, und das ist richtig, denn auch der Regelungsbedarf ist größer geworden, weil die Völker der Welt so nahe zusammengerückt sind wie nie zuvor. Zunächst einmal: Wo Fülle herrscht, tun Regeln not. Als die Tongji-Universität gegründet wurde, gab es weltweit etwa 1,6 Milliarden Menschen. Heute sind es fast so viele allein in China, 1,3 Milliarden Menschen, und weltweit fast viermal so viel. Über 6 Milliarden Menschen leben damit auf dem Planeten. Ihr gedeihliches Miteinander braucht gemeinsames Recht. Und die Menschen fordern danach: Sie wissen gegenseitig über ihre Lebensbedingungen viel mehr als je zuvor. Sie nehmen dank der Medien und dank Internet immer mehr Anteil aneinander. Sie pochen immer stärker darauf, dass alle Staaten das Völkerrecht einhalten und ihre Bürgerinnen und Bürger entsprechend behandeln. „Die Menschheit“, dies früher so abstrakte Wort, steht heute für ein unermessliches Geflecht der Kommunikation, der Zugewandtheit, der Anteilnahme und der Forderung nach Recht und Gerechtigkeit in den Beziehungen zwischen den Staaten und in der Behandlung jedes einzelnen Bürgers.

Wir sind also alle Nachbarn geworden, und das hat Folgen für alle Politik. Jedes Land muss bedenken, welche Konsequenzen sein Handeln jetzt im 21. Jahrhundert für die anderen hat. Zum Gefühl der Zusammengehörigkeit innerhalb der Nationen muss das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit zwischen den Nationen kommen. Innen- und Außenpolitik sind nur noch so getrennt wie die Innen- und Außenseite eines Handschuhs, und Außenpolitik ist zugleich Weltinnenpolitik. Ich sprach eingangs von Menschen, die wie die Gründer der Tongji-Universität ihrer Zeit voraus waren. Zu ihnen zählt der jüngst verstorbene Physiker und Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker. Er hat schon 1962 von allen Staatenlenkern „Weltinnenpolitik“ gefordert. Er hat Recht behalten, und ich freue mich, dass sein Sohn Ernst Ulrich von Weizsäcker heute bei uns ist und anschließend an der Diskussion teilnehmen wird.

„Weltinnenpolitik“ – das klingt vermutlich noch immer ein wenig utopisch. Ungefähr so utopisch vielleicht, wie 1945 in Europa nach dem schrecklichen Krieg der Gedanke der Europäischen Union geklungen haben muss. Und doch: Vor acht Wochen haben wir den 50. Jahrestag der Römischen Verträge gefeiert, die die Grundlage der Europäischen Union sind. Aus einem von Hass und Krieg zerstörten Europa ist ein Haus des Friedens und des Wohlstands geworden. Wir Europäer haben von der Bereitschaft profitiert, einander zuzuhören, in Fragen gemeinsamen Interesses eng und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten und gemeinsame Institutionen zu schaffen, in denen sogar mit Mehrheit entschieden wird.

Mittlerweile erkennen selbst die mächtigsten Staaten, dass sie ihre Interessen nicht im Alleingang durchsetzen können und dass wir alle

aufeinander angewiesen sind. Darum sind auch multilaterale Organisationen wichtig – vorausgesetzt, sie können wirksam für das globale Gemeinwohl handeln, weil auch ihre Mitgliedstaaten sich davon leiten lassen, was dieses Gemeinwohl verlangt.

Ich möchte an zwei Beispielen zeigen, welche Art von Gemeinsamkeit wir brauchen: am Beispiel Armutsbekämpfung und am Beispiel Umweltschutz.

China hat in der nationalen Armutsbekämpfung beeindruckende Erfolge erzielt. Lebten 1981 noch 64 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze, so sind es jetzt weniger als 15 Prozent. In absoluten Zahlen sind das über 400 Millionen Menschen, die die Armut hinter sich gelassen haben und ein besseres Leben führen als noch vor wenigen Jahren. Das ist eine bewundernswerte Leistung, von der ich mir bei meinem Besuch in der Provinz Yunnan vor drei Tagen einen persönlichen Eindruck machen konnte. China leistet mit seinem wirtschaftlichen Reformprozess einen enormen Beitrag zur Realisierung des wichtigsten Millenniums-Zieles der Vereinten Nationen, nämlich der Halbierung der weltweiten Armut bis 2015. Und ich möchte dem Land meinen aufrichtigen Respekt bezeugen.

Leider sind die Perspektiven in anderen Teilen der Welt bei weitem nicht so günstig. Ich denke dabei konkret an Afrika, wo in einigen Regionen die Armut trotz wirtschaftlichen Wachstums in den letzten Jahren eher zu- als abgenommen hat. Damit dürfen wir uns nicht abfinden. So wenig wie wir es hinnehmen können, dass national einzelne Bevölkerungsgruppen von wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt ausgenommen sind, so wenig können wir akzeptieren, dass international ganze Regionen unter Armut und Hoffnungslosigkeit leiden müssen.

Dieses Schicksal ist natürlich für niemanden unabwendbar. Auch Afrika ist reich. Der Kontinent Afrika macht mit seinen Bodenschätzen, seiner Artenvielfalt, seinen tropischen Wäldern und fruchtbaren Böden, seiner Kultur und vor allen Dingen dem Potential seiner jungen Menschen einen wesentlichen Teil des Reichtums unseres ganzen Planeten aus. Afrika hat auch die Chancen, sich aus seiner Armut herauszuarbeiten, nicht zuletzt dank der jetzt weltweit steigenden Nachfrage nach Rohstoffen. Das setzt aber voraus, dass die Reichtümer dieses Kontinents, vor allen Dingen seine Bodenschätze, auch tatsächlich den Menschen dort zu gute kommen. In der Zeit des Kalten Krieges haben viele Seiten Fehler begangen, vor allem weil sie häufig Regierungen unterstützt haben, denen das Wohlergehen der eigenen Bevölkerung gleichgültig war. Umso wichtiger ist es jetzt, durch gute Regierungsführung die Armut zu überwinden und diese gute Regierungsführung auch zum Prüfstein der bilateralen und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit zu machen. Und tatsächlich beteiligen sich mehr und mehr Regierungen und Firmen an Initiativen, die erreichen wollen, dass der Reichtum Afrikas auch zum Nutzen seiner Bürger, für Schulen, Krankenhäu-

ser und Straßen, verwandt wird und nicht auf den Bankkonten einiger weniger landet. Ich nenne drei ganz konkrete Beispiele, wie man Verbesserungen erreichen kann:

- Die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) soll die Einnahmen aus den Ölvorkommen transparent machen, die Bürger sollen wissen, was aus dem Geld wird;
- der Kimberley Prozess soll den Handel mit sogenannten Blutdiamanten, die Kriege ausgelöst haben, unterbinden und
- die Zertifizierung von Holz soll dem illegalen Einschlag tropischer Regenwälder entgegenwirken.

Ich würde mir wünschen, dass alle Länder und international tätige Unternehmen beitragen, solche und andere Initiativen zu Transparenz und guter Regierungsführung zum Erfolg zu führen. Auch der verantwortungsbewusste Verbraucher ist gefragt.

Letztlich haben die Partner der internationalen Entwicklungszusammenarbeit ein eigenes Interesse daran, dass der in den letzten Jahren von den meisten Ländern Afrikas begonnene Reformprozess gelingt. Welche Folgen politische Instabilität nicht zuletzt für ausländische Investoren hat, zeigt auf tragische Weise der jüngste Überfall auf chinesische Ölförderanlagen in Äthiopien. Ich möchte China darin bestärken, sich konstruktiv an internationalen Bemühungen um Stabilität und Frieden sowie gute Regierungsführung zu beteiligen, wie z. B. in Darfur im Sudan. Da sein Einfluss auf die Führung in Khartum nicht unerheblich ist, könnte China wesentlich zur Lösung des Konflikts dort beitragen. Aber nicht nur in Darfur, auf dem ganzen Kontinent kann China als Partner Afrikas eine wichtige, positive Rolle spielen, ich unterstreiche, es kann eine wichtige, positive Rolle spielen – so sehe ich die Perspektive.

Die afrikanischen Staaten selbst haben sich in der Charta der Afrikanischen Union und in ihrem Entwicklungsprogramm „New Partnership for Africa’s Development“ (NEPAD) zu Eigenverantwortung und guter Regierungsführung bekannt. Sie erwarten zu Recht unsere Unterstützung dafür. Jetzt kommt es darauf an, diesen neuen politischen Aufbruch der Staaten Afrikas hin zu guter Regierungsführung wirksam von außen zu unterstützen. Und ich kann mir gut vorstellen, dass deutsche und chinesische Experten dabei an vielen Projekten in Afrika zusammenarbeiten.

Die wechselseitige Abhängigkeit der Völker wird beim Thema Umweltschutz vielleicht noch deutlicher.

Wenn wir Deutsche heute auf die Entwicklung unseres Landes in den letzten 50 Jahren zurückschauen, dann müssen auch wir uns eingestehen, dass wir in den ersten Jahrzehnten des Wiederaufbaus unse-

res Landes der Belastung von Natur und Umwelt zu wenig Beachtung geschenkt haben. Dies Versäumnis hat übrigens zur Entstehung von Bürgerinitiativen und auch einer neuen Partei in Deutschland geführt.

Es dauerte lange, bis sich bei uns die Einsicht durchgesetzt hat, dass die Vermeidung von Umweltbelastungen deutlich billiger ist als die Behebung entstandener Schäden. Dies ist die Schlüsselerkenntnis. Heute gibt es ein breites Bewusstsein, dass Ökonomie und Ökologie keine Gegensätze sind, sondern für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum Hand in Hand gehen müssen. Ich habe mich wirklich gefreut, viele Initiativen zu sehen, in denen wirklich am Problem gearbeitet wurde.

Gerade marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen können zu einem wirksamen Umweltschutz beitragen. Ich möchte hier das interessante Experiment des Emissionshandels erwähnen, das aus den USA stammt und das wir in der Europäischen Union gerade für den Klimaschutz erproben. Die Industriebetriebe und Kraftwerke dürfen ihre Emissionen nicht mehr beliebig in die Luft blasen, sondern müssen Berechtigungsscheine dafür erwerben. Je knapper diese Zertifikate, desto höher ihr Preis, und je höher ihr Preis, umso mehr lohnt es sich für die Unternehmen, statt in Umweltverschmutzung in Umweltschutz zu investieren, zum Beispiel durch moderne Filtertechnik. Ich halte den Emissionshandel für ein zukunftsweisendes Modell, übrigens auch im Weltmaßstab.

Die politische Einsicht, dass der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen zu den wichtigsten staatlichen und gesellschaftlichen Aufgaben gehört, ist auch dem Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger zu verdanken. Auf meiner Reise hierher begleitet mich auch Frau Angelika Zahrt, die Vorsitzende des größten deutschen Umweltverbandes, des Bundes für Umwelt und Naturschutz in Deutschland. Frau Zahrt weiß, dass diese Einsicht auch bei uns nicht ohne Konflikte gewachsen ist. Sie wird einiges über unsere deutschen Erfahrungen sagen können.

China steht heute vor ganz ähnlichen Herausforderungen, wie wir es auch bei dem Wiederaufbau in Deutschland erlebt haben. Selbst in Deutschland war zu lesen, dass der einst als Gottheit des Jangtse verehrte Flussdelfin Baiji möglicherweise aufgrund der Wasserverschmutzung verschwunden ist. Auch der Rhein, der große deutsche und europäische Strom, war noch vor rund zwanzig Jahren stark verschmutzt, weil Industrie, Landwirtschaft und Gemeinden ihn als Abwasserkanal benutzten. Viele Fischarten waren vom Aussterben bedroht. Heute lebt sogar der Lachs, der ganz besonders sauberes Wasser braucht, wieder im Rhein. Mit Ihnen hoffe ich, dass auch der Baiji doch noch zurückkehren wird.

China hat wie jedes andere Land das Recht auf Wohlstand und Entwicklung. Entwicklung bedeutet aber nicht, dass man alle Fehler wiederholen muss, die andere gemacht haben. Gestern habe ich mich

mit Vertretern chinesischer Umweltgruppen getroffen. Ich bin fest davon überzeugt, dass es in China auf Seiten der Regierung und der Bürger genug Kreativität und Willensstärke gibt, um die Folgen der Umweltzerstörungen erfolgreich zu bekämpfen.

Gemeinsam stehen wir alle heute vor einer völlig neuen Herausforderung der Umweltpolitik: dem Klimawandel, dessen Auswirkungen wir alle vor wenigen Jahren noch zu wenig wahrgenommen haben. Der Klimawandel verdeutlicht auf besonders eindringliche Weise, wie sehr die Weltgemeinschaft aufeinander angewiesen ist. Die Wissenschaftler des Weltklimarats der Vereinten Nationen haben uns gerade klar gemacht, dass der Klimawandel die Lebensgrundlage vieler Nationen gefährdet. Das Klima verändert sich, und das liegt vor allem an den menschlichen Eingriffen in die Natur. Die Klimaveränderung erkennen wir an der Erderwärmung, an Überflutungen, an Wasserknappheit, an Versteppung, an stärkeren und häufigeren Taifunen sowie Sandstürmen.

Es besteht Handlungsbedarf, und zwar jetzt. Die Präsidenten der Wissenschaftsakademien der G8-Staaten und der fünf größten Schwellenländer, und dazu gehört auch China, haben die Analysen und Schlussfolgerungen des Weltklimarats vor wenigen Tagen in ihrem Bericht an die deutsche G8-Präsidentschaft bestätigt. Sie haben erklärt – und dies ist die gute Nachricht – dass die Probleme noch lösbar sind, wenn wir jetzt alle gemeinsam handeln. Das hat auch der Präsident der chinesischen Akademie der Wissenschaften für die Mitglieder seiner Akademie so gesehen.

Und die Lösungen werden umso teurer, je länger wir warten. Nach manchen Berechnungen könnten sie schon bald bis zu zwanzig Prozent des globalen Bruttosozialproduktes verschlingen, bei sofortigem Umsteuern nur etwa ein Prozent des globalen Bruttosozialprodukts. Es handelt sich um Berechnungen, solche Zahlen können natürlich auch angezweifelt werden. Nur eines steht fest: Untätigkeit wird mit Sicherheit am teuersten werden.

Die Industriestaaten müssen endlich ihre Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll einhalten. Das Protokoll selbst muss weiter entwickelt werden. Wir wissen alle, dass die Pro-Kopf-Emissionen in den Industriestaaten um ein Vielfaches höher sind als in den Schwellenländern – von den Entwicklungsländern ganz zu schweigen. Es ist aber auch bekannt, dass China in wenigen Jahren die USA in absoluten Zahlen als weltweit größten CO₂-Emittenten überholen wird. Für mich folgt daraus zweierlei: Erstens müssen die westlichen Emissionswerte deutlich verringert werden, und zweitens muss ein Weg gefunden werden, wie sich die Lebensbedingungen in China und anderen Schwellen- und Entwicklungsländern weiter verbessern lassen, ohne dass die Emissionen auf das heutige Niveau der Industrieländer ansteigen. Für beides sollten wir gemeinsam Wege suchen. Ich glaube fest daran, dass alle

Menschen Anspruch auf ein Leben frei von Not und Armut haben, das sie erfüllt und das sie als lohnenswert empfinden.

Deshalb freue ich mich auch sehr, dass der Europäische Rat unter Vorsitz von Bundeskanzlerin Angela Merkel ehrgeizige Beschlüsse gefasst hat. Die Europäische Union wird ihre CO₂-Emissionen bis 2020 um mindestens 20 Prozent senken – und zwar unabhängig von den Ergebnissen internationaler Verhandlungen. Wenn andere Staaten ebenfalls angemessene Reduktionsziele beschließen, hat sich die Europäische Union darüber hinaus verpflichtet, die CO₂-Emissionen im selben Zeitraum um zusätzliche 10 Prozent zu verringern.

Ich begrüße es sehr, dass die chinesische Regierung dem Umweltschutz im 11. Fünf-Jahresplan ebenfalls hohe Bedeutung beimisst. Die chinesische Regierung hat im vergangenen Jahr Maßnahmen beschlossen, die darauf zielen, Energieverbrauch und Wirtschaftswachstum zu entkoppeln und Schadstoffemissionen zu verringern. Dem zolle ich meinen Respekt. Viel hängt aber von der Umsetzung dieser Zielsetzung ab. Im vergangenen Jahr haben die zuständigen Minister aus Deutschland und China eine Umweltpartnerschaft beschlossen. Mir ist es wichtig, dass gerade daraus etwas Lebendiges, Konkretes und Großes wird, dass sich also die zwischen uns vereinbarte „Partnerschaft in globaler Verantwortung“ im konkreten Tun bewährt. Eine solche Umweltpartnerschaft nutzt nicht nur den Menschen in unseren beiden Ländern, sondern den Menschen in aller Welt. Und wir haben darüber bei meinem Besuch in Peking gesprochen.

Auch auf internationaler Ebene brauchen wir in der Klimafrage ein mutiges, engagiertes China. Es wäre wünschenswert, dass noch in diesem Jahr die Weichen für einen effektiveren Klimaschutz gestellt werden. Ich hoffe, dass der bevorstehende G8-Gipfel im kommenden Monat in Deutschland konkrete Fortschritte hier bringt. Wenn China sich konstruktiv beteiligt, und darauf hoffe ich, dann wird das andere große – und auch kleine – Länder veranlassen umzudenken, schon weil sie sich nicht mehr hinter China verstecken können.

Wenn wir erreichen wollen, dass der Klimawandel nicht in die Katastrophe führt, dann brauchen wir dreierlei: verbindliche internationale Verpflichtungen, wie dargelegt, eine massive Steigerung der Energieeffizienz unserer Volkswirtschaften und eine Überprüfung unseres Ideals vom guten Leben.

Was die Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz sowie der Ressourcenproduktivität anlangt, bin ich ausgesprochen zuversichtlich: Ich bin mir gewiss, dass der technische Fortschritt immer bessere und immer umweltschonendere Lösungen bringen wird. Viele sprechen in diesem Zusammenhang von einer neuen industriellen Revolution, das heißt von höherer Ressourcenproduktivität und effizienterem Einsatz der Energie. Ich halte das Problem für lösbar und die industrielle Revolution für machbar.

Dazu brauchen wir vor allem viele exzellente Forscher und Techniker. Ich habe gehört, dass sich die Tongji-Universität in vielen Bereichen ganz engagiert beteiligt, und schon der Blick in diesen Raum stimmt mich daher hoffnungsvoll. Die Kreativität der chinesischen Ingenieure wird dazu beitragen, dass die Welt technologisch vorankommt. Wir Deutsche sind dabei zur Partnerschaft mit Ihnen bereit, nicht nur in Worten, sondern auch in Taten, wie wir gleich anschließend bei der Unterzeichnung mehrerer neuer Vereinbarungen mit Ihrer Universität belegen werden. Ich wünsche Ihnen bei Ihrer Forschung viele Geistesblitze und viele Patente – übrigens auch, weil dann der Einfluss derer weiter wächst, die weltweit für den Schutz des geistigen Eigentums eintreten.

Mir drängt sich schließlich eine Frage auf, die an den Kern der gesamten Problematik stößt: Wie weit müssen wir im Westen unsere gewohnte Lebensweise verändern? Allzu lange haben wir beim Ressourcenverbrauch gegen den Grundsatz der Nachhaltigkeit verstoßen. Und wenn heute die ganze Welt so leben wollte wie wir, dann bräuchten wir schon jetzt mehr als nur eine Erde. Zu unserer Entschuldigung lässt sich sagen: Manche unserer Fehler haben wir begangen, ohne ihre Folgen auf die Natur und das ökologische Gleichgewicht zu ahnen. Wir alle müssen unsere Einstellungen überprüfen und auf eine neue Balance hinwirken zwischen den Wünschen des einzelnen und dem, was die Erde aushält. In diesem Zwang zur Selbstprüfung liegen allerdings auch Chancen, auch er kann heilsam sein. Wir können wieder stärker beherzigen, dass unser Leben einen Sinn hat, der über die Mehrung materiellen Wohlstands hinausgeht. Zu dieser Erkenntnis sind Menschen überall auf der Welt gelangt, und immer mehr Menschen entdecken, dass auch und gerade die chinesische Kultur tiefe Einsichten über die wünschenswerte Harmonie zwischen Mensch und Natur vermittelt.

Ich habe gelernt, dass es ein chinesisches Sprichwort gibt, wonach jeder Einzelne Verantwortung für Aufstieg und Untergang seines Landes trägt. Heute sollte dies ein Ansporn für uns alle sein, Verantwortung nicht nur für unser eigenes Land, sondern für unseren Planeten als Ganzes zu übernehmen, der uns ja wie ein Schiff trägt. Nehmen wir also das Motto Ihrer Universität ernst: Die in einem Boot sitzen, sollen sich helfen. (Tong Zhou Gong Ji).